

## Niederschrift

über die **54. öffentliche Sitzung**  
**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen**  
am Mittwoch, 18.08.2010, 17.00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

**Anwesende:** Siehe Anwesenheitsliste  
(Bestandteil der Niederschrift)

### Tagesordnung:

1. Berücksichtigung der Friedhofsgärtner bei Auftragsvergabe 101.16.1775
2. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Vierte Änderung) 101.16.1795
3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 f Abs.1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste VI/2010 - 101.16.1804
4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste VII/2010 - 101.16.1805
5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste VIII/2010 - 101.16.1806
6. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2010; - Liste 4/2010 - 101.16.1807
7. Keine Gebühren für Straßenmusik 101.16.1484
8. Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA 101.16.1551
9. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen 101.16.1566
10. Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren 101.16.1569
11. Gebührenbescheide für Grundstücksabgaben 101.16.1605
12. Beratungsnotstand im Kulturdezernat? 101.16.1606
13. Rücknahme der Logistikgebühr für Sperrmüll und Grünabfall 101.16.1650
14. Situation Schaustellerverband 101.16.1669
15. Öffnung von städtischen Räumen für politische Initiativen 101.16.1699
16. Nutzung eines Dienstfahrzeuges durch den Oberbürgermeister 101.16.1700
17. Transparenz erhöhen, Bürgerinfosystem ergänzen 101.16.1711
18. Haushaltsreste zum Abschluss des Haushaltsjahres 2009 101.16.1717
19. Kassel-Marathon 101.16.1731
20. Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparung 101.16.1738
21. Rückverpachtung Grundstücksstreifen Fuldaufer 101.16.1739

22.	Energie in Bürgerhand - Bürgerbeteiligung an der Städtische Werke AG	101.16.1755
23.	SchülerInnenticket im Solidarmodell	101.16.1756
24.	Auebad Sprunganlage Sanierung starten	101.16.1759
25.	Steuerschätzung	101.16.1768
26.	Fusion Veterinärämter der Stadt und des Landkreises	101.16.1788

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 11.08.2010 ordnungsgemäß einberufene 54. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, beantragt heute auf jeden Fall die Behandlung der Tagesordnungspunkte

#### **9. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen**

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1566 -

und

#### **22. Energie in Bürgerhand -Bürgerbeteiligung an der Städtische Werke AG**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
- 101.16.1755 -.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

### Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG auf heutige Behandlung der Tagesordnungspunkte betr. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen, 101.16.1566 und betr. Energie in Bürgerhand - Bürgerbeteiligung an der Städtische Werke AG, 101.16.1755, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Dr. Wett, CDU-Fraktion, beantragt die heutige Behandlung des Tagesordnungspunktes

#### **26. Fusion Veterinärämter der Stadt und des Landkreises**

Antrag der CDU-Fraktion  
- 101.16.1788 -.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

den

## Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion auf heutige Behandlung des Tagesordnungspunktes betr. Fusion Veterinärämter der Stadt und des Landkreises, 101.16.1788, wird **abgelehnt**.

Vorsitzende Friedrich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

### **1. Berücksichtigung der Friedhofsgärtner bei Auftragsvergabe**

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2010

Bericht des Magistrats

- 101.16.1775 -

## Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, im nächsten Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten, ob die Friedhofsgärtner stärker durch die Friedhofsverwaltung bei Vergabe von Aufträgen berücksichtigt werden können. Dazu sollen Mitglieder aus dem Friedhofsausschuss, Vertreter der Kirche und der Friedhofsgärtner gehört werden.

Frau Dekanin Heinrich, Vorsitzende des Friedhofsausschusses und Vertreterin der evangelischen Kirche in Kassel, und Herr Geister, Sprecher der Friedhofsgärtner, berichten über ihre Arbeit und die Problematik bei der Vergabe von Aufträgen im Bereich der Grünflächenpflege.

Im Rahmen der Diskussion beantworten sie gemeinsam mit Stadtrat Dr. Lohse die Fragen der Ausschussmitglieder.

Einvernehmlich richten die Mitglieder des Ausschusses einen Appell an die Kirche und den Friedhofsausschuss einen Weg zu suchen, die Friedhofsgärtner zu beteiligen.

**Die Berichte von Frau Dekanin Heinrich und Herrn Geister werden zur Kenntnis genommen.**

### **2. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Vierte Änderung)**

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1795 -

## **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Vierte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

## Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sportplatzanlagen und deren Einrichtungen vom 05.11.2001 (Vierte Änderung), 101.16.1795, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in:                      Stadtverordneter Hartig

- 3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 f Abs.1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste VI/2010 -**  
Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1804 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste VI/2010 gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendungen/Auszahlungen (wirken sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen aus)

im Ergebnishaushalt in Höhe von 7.200,00 €  
im Finanzhaushalt in Höhe von 3.360,00 €

Kenntnis zu nehmen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

- 4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste VII/2010 -**  
Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1805 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste VII/2010 gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendungen/Auszahlungen (wirken sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen aus)

im Ergebnishaushalt in Höhe von 37.330,00 €  
im Finanzhaushalt in Höhe von 22.000,00 €

Kenntnis zu nehmen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

5. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2010; - Kenntnisnahme Liste VIII/2010 -**  
Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1806 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste VIII/2010 gemäß § 114 f Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendung/Auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung wie eine über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen aus)

im Finanzhaushalt in Höhe von 23.400,00 €

Kenntnis zu nehmen.

**Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**

6. **Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2010; - Liste 4/2010 -**  
Vorlage des Magistrats  
- 101.16.1807 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 f Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 4/2010 enthaltene Mehraufwendung/-auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2010 wie eine über- und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung aus)

im Finanzhaushalt in Höhe von 83.000,00 €“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

**Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2010; - Liste 4/2010 -, 101.16.1807, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Wett

## 9. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1566 -

### Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Ergebnis des mit Vattenfall durchgeführten Bewertungsverfahrens über den Wert des von Vattenfall gehaltenen 24,9 % - Anteils an den Städtischen Werken im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen im Februar 2010 vorzustellen.

Im Rahmen der Aussprache bittet Stadtverordneter Lewandowski, CDU-Fraktion, den Magistrat um Auskunft, ob die Einhaltung der Vertraulichkeitsregelung zwischen der KVV und Vattenfall auch gilt für den Aufsichtsrat der Gesellschaft und den Eigentümer der KVV.

Stadtkämmerer Dr. Barthel sagt zu, die Antwort nach rechtlicher Prüfung schriftlich nachzureichen.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, ändert den Antrag wie folgt.

### ➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **soweit konkret bekannte rechtliche Hindernisse dem nicht entgegenstehen**, das Ergebnis des mit Vattenfall durchgeführten Bewertungsverfahrens über den Wert des von Vattenfall gehaltenen 24,9 % - Anteils an den Städtischen Werken **ganz oder in Teilen vor einer möglichen Beschlussfassung über den Weiterverkauf der Vattenfall-Anteile in einer Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vorzulegen**.

Stadtverordnete Müller bringt für die Fraktion B90/Grüne folgenden Änderungsantrag ein.

### ➤ Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, soweit konkret bekannte rechtliche Hindernisse dem nicht entgegenstehen, das Ergebnis des mit Vattenfall durchgeführten Bewertungsverfahrens über den Wert des von Vattenfall gehaltenen 24,9 % - Anteils an den Städtischen Werken ganz oder in Teilen vor einer möglichen Beschlussfassung über den Weiterverkauf der Vattenfall-Anteile in einer **nicht öffentlichen** Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vorzulegen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD,CDU, B90/Grüne

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG

den

## Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne betr. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen, 101.16.1566, wird **zugestimmt**.

### ➤ **Durch Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **soweit konkret bekannte rechtliche Hindernisse dem nicht entgegenstehen**, das Ergebnis des mit Vattenfall durchgeführten Bewertungsverfahrens über den Wert des von Vattenfall gehaltenen 24,9 % - Anteils an den Städtischen Werken **ganz oder in Teilen vor einer möglichen Beschlussfassung über den Weiterverkauf der Vattenfall-Anteile in einer nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vorzulegen**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --

den

## Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Wertgutachten Städtische Werke vorstellen, 101.16.1566, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

### **22. Energie in Bürgerhand - Bürgerbeteiligung an der Städtische Werke AG**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.16.1755 -

#### **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit über einen Bürgerbeteiligungsfonds (beispielsweise in der Rechtsform einer Genossenschaft) Anteile an der Städtische Werke AG Kassel erworben werden können, ohne dass der mittelbare und unmittelbare Anteil der Stadt Kassel an der Städtische Werke AG unter 75,1 % fällt.

Dies schließt auch die Prüfung einer Grundkapitalerhöhung durch die Städtische Werke AG ein, um so Kapitalanteile an einen Bürgerbeteiligungsfonds zu übertragen, ohne den bisherigen Anteil der Stadt Kassel an den Werken zu mindern.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion ändern im Rahmen der Diskussion die Antrag stellenden Fraktionen ihren Antrag wie folgt ab.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit über einen Bürgerbeteiligungsfonds (beispielsweise in der Rechtsform einer Genossenschaft) Anteile an der Städtische Werke AG Kassel erworben werden können, ohne dass der mittelbare und unmittelbare Anteil der Stadt Kassel an der Städtische Werke AG unter 75,1 % fällt.

Dies schließt auch die Prüfung einer Grundkapitalerhöhung durch die Städtische Werke AG ein, um so Kapitalanteile an einen Bürgerbeteiligungsfonds zu übertragen, ohne den bisherigen Anteil der Stadt Kassel an den Werken zu mindern.

**In diesem Zusammenhang ist auch das konkrete Angebot von „Energie in Bürgerhand eG“ aus Freiburg zu Prüfen.**

Stadtverordneter Boeddinghaus bringt für die Fraktion Kasseler Linke.ASG folgenden Änderungsantrag ein.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlusstext wird im 1. Absatz wie folgt ergänzt:  
„...75,1 % fällt **und vor einer möglichen Beschlussfassung über den Weiterverkauf der Vattenfall-Anteile zu berichten.**“

Nach einer von Fraktionsvorsitzenden Frankenberger beantragten Sitzungsunterbrechung von 20:00 Uhr bis 20:30 Uhr erklärt er für die Antrag stellenden Fraktionen der SPD und B90/Grüne, dass in der Angelegenheit noch Beratungsbedarf besteht, heute auf eine Entscheidung verzichtet wird und der Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut behandelt werden soll.

**Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.**

7. **Keine Gebühren für Straßenmusik**  
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1484 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.  
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

8. **Bedingungen Ausbildungsplätze bei JAFKA**  
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1551 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.  
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**



- 10. Untersuchungsgegenstand Gutachten Abfallgebühren**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.16.1569 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 11. Gebührenbescheide für Grundstücksabgaben**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.16.1605 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 12. Beratungsnotstand im Kulturdezernat?**  
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1606 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 13. Rücknahme der Logistikgebühr für Sperrmüll und Grünabfall**  
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1650 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 14. Situation Schaustellerverband**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.16.1669 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 15. Öffnung von städtischen Räumen für politische Initiativen**  
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1699 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 16. Nutzung eines Dienstfahrzeuges durch den Oberbürgermeister**  
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1700 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 17. Transparenz erhöhen, Bürgerinfosystem ergänzen**  
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1711 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 18. Haushaltsreste zum Abschluss des Haushaltsjahres 2009**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.16.1717 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 19. Kassel-Marathon**  
Anfrage der FDP-Fraktion  
- 101.16.1731 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 20. Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Energieeinsparung**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.16.1738 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 21. Rückverpachtung Grundstücksstreifen Fuldaufer**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.16.1739 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**  
**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

**23. SchülerInnenticket im Solidarmodell**

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1756 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**

**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

**24. Auebad Sprunganlage Sanierung starten**

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1759 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**

**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

**25. Steuerschätzung**

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.16.1768 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**

**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

**26. Fusion Veterinärämter der Stadt und des Landkreises**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1788 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.**

**Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

Vorsitzende Friedrich teilt den Mitgliedern mit, dass aufgrund der Haushaltsberatungen 2011 die nächsten Sitzungen des Ausschusses am 21. und 22. September 2010 schon um 16:00 Uhr beginnen.

**Ende der Sitzung:** 20:35 Uhr

Petra Friedrich  
Vorsitzende

Nicole Schmidt  
Schriftführerin

## Anwesenheitsliste

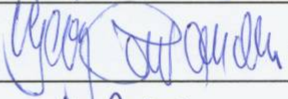
zur 54. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und  
Grundsatzfragen am  
**Mittwoch, 18.08.2010, 17.00 Uhr**  
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

### Mitglieder

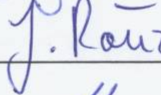
Petra Friedrich, SPD  
Vorsitzende




Georg Lewandowski, CDU  
1. stellvertretender Vorsitzender



Gernot Rönz, B90 / Grüne  
2. stellvertretender Vorsitzender




Anke Bergmann, SPD  
Mitglied



Uwe Frankenberger, MdL, SPD  
Mitglied



Christian Geselle, SPD  
Mitglied



Dipl.-Ing. Hermann Hartig, SPD  
Mitglied



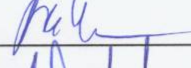
Dr. Bernd Hoppe, SPD  
Mitglied



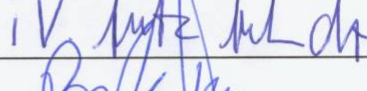
Dr. Günther Schnell, SPD  
Mitglied



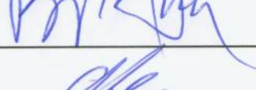
Monika Sprafke, SPD  
Mitglied




Dr. Maik Behschad, CDU  
Mitglied



Bernd-Peter Doose, CDU  
Mitglied



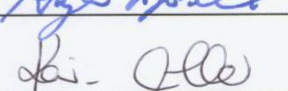
Donald Strube, CDU  
Mitglied



Dr. Norbert Wett, CDU  
Mitglied



Anja Lipschik, B90 / Grüne  
Mitglied




Karin Müller, MdL, B90 / Grüne  
Mitglied



Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG  
Mitglied



Frank Oberbrunner, FDP  
Mitglied



**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler  
Stadtverordneter



Nuray Yildirim, AUF Kassel  
Stadtverordnete



Metin Öztürk,  
Vertreter des Ausländerbeirates



**Magistrat**

Bertram Hilgen, SPD  
Oberbürgermeister



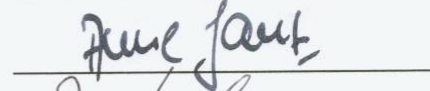
Jürgen Kaiser, SPD  
Bürgermeister



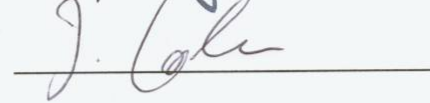
Dr. Jürgen Barthel, SPD  
Stadtkämmerer



Anne Janz, B90 / Grüne  
Stadträtin



Dr. Joachim Lohse, parteilos  
Stadtrat



**Schriftführung**



Nicole Schmidt,  
Schriftführerin



Edith Schneider,  
-16-



**Verwaltung/Gäste**



Verwaltung/Gäste

E. Feilbig -20-

Ulrich Koch 16

Kodig, Schwerdtfeger IIIK

Schoy -65-

Zodunbaul -60-

Dekamin Heinrich, Friedhofausschuss

Holger Feister, Friedhofgärtner

# **Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 18.08.2010**

## **Tagesordnungspunkt 1**

### **Berücksichtigung der Friedhofsgärtner bei Auftragsvergabe**

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2010

Bericht des Magistrats

- 101.16.1775 -

### **Redebeitrag von Frau Dekanin Heinrich,**

Vorsitzende des Friedhofsausschusses und Vertreterin der Kirche

Mein Name ist Barbara Heinrich, ich bin Dekanin im Stadtkirchenkreis und Vorsitzende des Friedhofsausschusses.

Die Friedhöfe in Kassel sind in kirchlicher Trägerschaft und das schon seit mehreren Jahrzehnten, das wissen Sie hier alle und damit gehört auch das operative Geschäft in die kirchliche Friedhofsverwaltung.

Die Stadt ist mit dieser Trägerschaft gut gefahren muss man sagen, da wir einen Deckungsgrad im Haushalt von 97 % haben. Ich möchte das gerne als Vorbemerkung vorweg schicken. Wenn Sie die Vergleichszahlen von anderen Kommunen gleicher Größenordnung heranziehen, dann werden Sie feststellen, dass es nirgendwo einen so hohen Deckungsgrad in der Friedhofslandschaft gibt wie bei uns in Kassel. Von daher ist die Stadt mit unserer Zusammenarbeit bisher wirklich gut gefahren.

Sie wissen auch, dass es einen Umbruch in der Bestattungskultur gibt. Es gibt absolut weniger Sterbefälle als noch vor 30 Jahren und wir haben es einmal nachgeprüft, dass in Kassel nur noch 80 % der Sterbefälle in Kassel auch bestattet werden und andere Bestattungsformen für Menschen attraktiv werden. Seebestattungen, Friedwald und andere anonyme Bestattungen auf Friedhöfen außerhalb, sodass die Bestattungszahlen in den letzten 30 Jahren von 2800 Bestattungen in Kassel auf 1800 gesunken sind. Das ist ein unglaublich hoher Rückgang wenn sie sich das mal so vergegenwärtigen. Und das hat wirtschaftliche Auswirkungen die alle spüren. Wir in der Friedhofsverwaltung allemal, aber auch die Steinmetze und die Friedhofsgärtner. Das hat Auswirkungen auf alle Bereiche.

Die Frage, ob die Friedhofsgärtner bei Arbeiten auf dem Friedhof beteiligt werden, das hat uns in den letzten Jahren immer wieder im Friedhofsausschuss beschäftigt. Zuletzt eben durch den Prüfantrag der Stadtverordnetenversammlung.

Wir haben diesen Antrag geprüft und im Friedhofsausschuss festgestellt und festgehalten, dass einmal unsere Arbeitsabläufe auf dem Friedhof effizient laufen. Das überprüfen wir auch immer wieder. Das heißt, einzelne Maßnahmen aus diesen komplexen Arbeitszusammenhängen heraus zu schneiden, verkompliziert Arbeitsabläufe und macht sie auch teurer. Das muss man wissen.

Zum Anderen hatten wir vor 4 Jahren eine Ausschreibung von Aufgaben und dabei ist heraus gekommen, wir haben es nach Außen vergeben, dieses Ausschreibungsverfahren, dass unsere eigenen Friedhofsgärtner das günstigste Angebot für diese ausgeschriebenen Maßnahmen abgegeben haben. Das heißt auch, dass wir auf dem Friedhof wirklich wirtschaftlich und günstig arbeiten. Das ist dann in einem Prüfverfahren und Gerichtlich auch noch mal überprüft worden, ob das Ausschreibungsverfahren auch so rechtmäßig war und

von daher sagen wir von der Friedhofsverwaltung und dem hat sich auch der Friedhofsausschuss angeschlossen, dass es nicht sinnvoll ist Arbeitszusammenhänge zu verkomplizieren, die Kosten dadurch zu steigern. Wir haben eine Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es gibt keinen Grund die Arbeitsabläufe zu verkomplizieren, teurer zu machen und dann auch noch unsere eigenen Mitarbeiter deswegen frei zu setzen.

### **Redebeitrag Herr Geister**

Sprecher der Friedhofgärtner

Guten Tag meine Damen und Herren. Mein Name ist Holger Geister, ich bin Friedhofsgärtner in Kassel Harleshausen und unser Betrieb besteht mittlerweile auch schon seit 97 Jahren.

Als erstes möchte ich mich bedanken, dass wir hier mal zu Wort kommen, weil, wie bei jeder Medaille, gibt es zwei Seiten. Und ich finde schon, dass wir auch unsere Seite mal beleuchten dürfen und unsere Probleme aufzeigen.

Wie Frau Heinrich schon sagt ist ja die Kirche der Träger der Friedhöfe in Kassel. Gleichzeitig betreibt sie aber auch mit der KF Friedhofsgärtnerei GmbH eine der größten Friedhofsgärtnereien in Deutschland, würde ich jetzt mal schätzen, aber sie sind schon recht groß.

Ergebnis dieser Konstellation ist, dass die Friedhofsverwaltung zum Beispiel neue Grabarten einführt, wie Friedwaldgräber, wo die Pflege, sprich der Rasenschnitt in der Gebühr gleich mit abgegolten ist und die Arbeiten sich dann die Friedhofsverwaltung als auch der Eigenbetrieb vorbehält. Das heißt also, von der Weiterentwicklung der Friedhöfe sind die Friedhofsgärtner völlig abgeschieden.

Ein weiteres Problem ist, dass abgesehen vom Hauptfriedhof die Büroräume der Friedhofsverwaltung und der KF, sprich des Eigenbetriebes, identisch sind und auch die Mitarbeiter. Ein Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung verkauft auch die Grabpflege und die Grabgestaltung wie wir.

Daraus entstehen solche Blüten wie ich es dieses Jahr erlebt habe, dass ein Kunde zu mir kam mit einem Schreiben, wo er von der Friedhofsverwaltung aufgefordert werden sollte, das Grab herzurichten bzw. in Ordnung zu bringen. Ergebnis war allerdings, dass er von dem Eigenbetrieb, von der KF, angeschrieben wurde, mit der Aufforderung das Grab in Ordnung zu bringen und gleichzeitig der Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung als Ansprechpartner und Auftragnehmer angegeben wurde. Auch da haben wir wieder einen gewaltigen Nachteil.

Ich möchte hier eigentlich die Frage beantworten, ob Friedhofsgärtner benachteiligt sind, als der Rasenschnitt in eine Gebühr umgewandelt worden ist. Früher war es so, dass schätzungsweise die Hälfte der Friedhofsgärtner - eher die größeren Betriebe - den Rasenschnitt selber durchgeführt haben und das Entgelt dafür im Grabpflegepreis beinhaltet haben. Der andere Teil ist soweit mir bekannt ist abgerechnet worden mit einem Betrag - ich glaube 50 % der Rechnungssumme damals.

Als der Rasenschnitt in eine Gebühr umgewandelt wurde, wurde er den Friedhofsgärtnern, die gemäht haben entzogen, sprich der Nutzungsberechtigte hat eine Gebührenrechnung bekommen.

Ich möchte jetzt mal eine einfache Rechnung aufstellen.

Nehmen wir mal an die Grabpflege für ein Doppelgrab inklusive Rasenschnitt hat 150 Euro gekostet. Rasenschnittgebühranteil aktuell 50 Euro, die der Nutzungsberechtigte zahlen muss, sprich wenn es für den Nutzungsberechtigten für meinen Kunden nicht teurer werden soll, müsste ich für die Grabpflege nur 100 Euro berechnen, 50 Euro Rasenschnitt.



Ich habe aber, da ich selber gemäht habe, meinen Lebtage keine 50 Euro für 4 Quadratmeter Rasenmähen kalkuliert. Das heißt also ich kann dem Nutzungsberechtigten auf 20 Euro runter lassen, meinen kalkulierten Betrag Pi mal Daumen.  
Sprich die Grabpflege ist für meine Kunden 30 Euro teurer geworden.

Dasselbe Spielchen möchte ich jetzt mal aus Sicht der Friedhofsverwaltung bzw. des Eigenbetriebs machen. Auch da wieder 150 Euro, Rasenschnitt raus rechnen, Grabpflege 100 Euro. Soweit mir bekannt ist, wird der Rasenschnitt freihändig an die KF vergeben, das heißt also die KF bekommt für das Rasenmähen diese 50 Euro die ihr fehlen, sprich 150 Euro wie zuvor. Der Friedhofsgärtner ist nicht mehr konkurrenzfähig.

Das ist der Dreh- und Angelpunkt wo wir Probleme haben. Die gelaufene Ausschreibung, wo Frau Heinrich drauf eingegangen ist - kann ich gerne Fragen zu beantworten. Ich will hier nicht rum jammern, warum es so war. Es gibt Gründe. Wenn Fragen sind, beantworte ich die auch gerne. Möchte aber gar nicht weiter drauf eingehen. Überlegung nur von mir, wenn der Eigenbetrieb so günstig war, die KF, warum wird dann nicht weiter ausgeschrieben? Warum hat es dann die Verwaltung wieder?

Letztes Mal bei der Sitzung wurde gesagt, den Rasenschnitt heraus nehmen, wäre Rosinenpickerei. Kann ich nicht ganz nachvollziehen.  
Wir nehmen eine Gebühr ein von 47,50 Euro. Wenn ich einen Gärtner finde, der für 20 Euro mäht, bleibt ein Reingewinn von 27,50 Euro über für die Verwaltung. Kann ich nicht nachvollziehen, was da Rosinenpickerei ist.

Es sollte jedoch nicht sein oder Ziel des Friedhofsausschusses sollte sein, den Friedhof attraktiv zu halten. Wir haben eben gehört, die Bestattungszahlen gehen zurück. Aus meiner Sicht ein Grund, der Friedhof ist nicht attraktiv genug. Da müssen wir dran arbeiten. Wenn ich eine Rasenschnittgebühr senken kann, weil ich Kosten spare, wäre das aus meiner Sicht sicherlich ein Ziel den Friedhof attraktiver zu machen. Ein kleiner Mosaikstein.

Ich möchte jetzt einfach mal noch eine Rechnung aufmachen, wo selbst die Friedhofsverwaltung von sinkenden Gebühren partizipieren wird. Und zwar ist es so, dass es ja dauerhafte Pflegeverträge gibt, wo der Friedhofsgärtner für 20 Jahre zum Beispiel von dem Kunden das Nutzungsentgelt bekommen hat. Vielmehr das Geld für die Grabpflege und für den Rasenschnitt. Im Moment ist es so, ich zahle an die Friedhofsverwaltung für ca. 100 Gräber den Rasenschnitt für diese Dauergrabpflegegräber. Ich gehe mal davon aus, dass das die KF genau so macht, sprich in den Verträgen würde bei sinkenden Gebühren mehr Geld verbleiben. Da in den älteren Verträgen drin steht, dass Restbeträge der Verträge der allgemeinen Friedhofsunterhaltungspflege zugute kommen, würde sogar der Friedhof von sinkenden Gebühren noch partizipieren.

Wie gesagt, das Rasenmähen was hier der Aufhänger ist, ist sicherlich etwas, was wir gerne machen. Wo es mir drum geht, ist diese Gesamtproblematik darzustellen und den Wettbewerb mit der KF zu entzerren. Ich will hier keinen Mitbewerber verteufeln, ich will nur gleiche Regeln haben und gleiche Bereiche.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Friedhofsverwaltung, sprich der Friedhofsausschuss bei ihren Entscheidungen immer noch das Wohl der KF im Sinne hat, was aus meiner Sicht nicht zur Friedhofsverwaltung gehört. Die KF ist eine eigenständige GmbH und sollte auch als solche gesehen werden.

Und dass die Friedhofsverwaltung, das wäre ein Wunsch, vielleicht doch ein bisschen mehr ihre Verantwortung gegenüber den Gewerbetreibenden als auch vielleicht gegenüber den Bürgern ein bisschen mehr nachkommt.  
Danke sehr.

**Redebeitrag Herr Stadtrat Dr. Lohse**

Stadt Kassel, Magistrat

Die Diskussion eben und soweit ich mich an die im Friedhofsausschuss erinnere sind hier eigentlich zwei Dinge zu bedenken.

Das eine ist und das hat Frau Heinrich auch gesagt, dass der Rasenschnitt natürlich in andere Abläufe integriert ist. Das es aus Sicht der betrieblichen Notwendigkeiten keinen Sinn macht die Leistung einzeln auszuschreiben. Wenn ich mein Auto zur Inspektion gebe, dann beauftrage ich auch nicht die eine Werkstatt mit der Ölstandsmessung und die andere Werkstatt mit dem Reifenwechsel und die Dritte mit den Bremsbelegen oder den Wischerblättern, sondern das macht man in einem Paket. Diese Dinge auseinander zu reißen macht die Dinge wirklich häufig kompliziert und damit teurer und deswegen macht das so keinen Sinn.

Was wir im Friedhofsausschuss gesagt haben, zumindest aus Sicht der Stadt, halten wir den Wunsch durchaus für berechtigt mittelfristig dazu zu kommen, dass ein Teil der Leistung auch ausgeschrieben wird, auch um den Friedhofsgärtnern eben außerhalb auch die Möglichkeit zu geben an den Aufträgen auch zu partizipieren. Das muss dann aber in einer anderen Weise erfolgen.

Wir haben im Friedhofsausschuss das so diskutiert, dass man dann Beispielsweise von den ich glaube etwa 14 Friedhöfen die wir in der Stadt haben zunächst einmal vielleicht so etwa 3 Friedhöfe als Gesamtpaket ausschreibt. Das macht dann auch von der betrieblichen Organisation her Sinn. Selbst das - und ich denke das ist auch wichtig um den Gesamtzusammenhang zu verstehen - selbst das wird aus Sicht des Betriebs der Friedhöfe keine Kostenersparnis bedeuten, weil das wird zunächst mal bedeuten, dass die Friedhofsgärtner einen Überhang haben. Einen Überhang an Personal und ein Überhang an ungenutztem Gerät, und das heißt, es wird zu dem Ziel, die Friedhöfe attraktiver zu machen über sinkende Gebühren, mit Sicherheit nicht beitragen. Deswegen braucht dieser Prozess Zeit.

Und noch mal, ich halte es für richtig, das man in diesen Prozess eintritt in einer realistischen Zeitschiene. Aber es macht keinen Sinn, dass man überstürzt und zu viel ausschreibt, weil man diese Fragen des Personalüberhangs und des ungenutzten Geräte- und Fuhrparks nicht gelöst bekommt.

Das Ergebnis wird sein, dass die Bestattungszahlen auf diesen Friedhöfen von 2008 über 1800 auf 800 runter gehen, weil man noch teurer wird, weil man sich noch weiter sozusagen im Markt eigentlich ungünstig positionieren muss, wenn man das decken will, über Gebühren, was man dann an Kosten hat. Dann werden die Friedwälder die Krematorien im Umfeld und die Seebestattung und was immer da alles ist, werden noch größere Anteile an Bestattungsfällen von den städtischen Friedhöfen wegziehen. Das heißt man muss hier sehr behutsam vorgehen.

---

Auszugsweise Abschrift aus der Tonbandaufzeichnung  
gefertigt für die Niederschrift des  
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 18. August 2010  
von Nicole Schmidt  
am 27. September 2010  
Büro der Stadtverordnetenversammlung